



M i l l e n a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,50 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,65 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 39 bei der Oberamtspoststelle Reudering Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank GbR & Co., Wildbad; Wechselbank Gewerbedant Filiale Wildbad. — Postkassenschein 291 74 Stuttgart. Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einpaltige 15 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., Familien-Anzeigen, Besondereanzeigen, Stellenangebote 3 Pf.; im Ergänzteil die 15 mm breite Millimeterzeile 15 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenen Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg. — Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 36, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Neue Wege der Verkehrswerbung

Eröffnung der Dauerausstellung der deutschen Reise
Verkehrswerbung nach Begriff und Inhalt ist auch in Deutschland gewiß nichts unbekanntes. Aber sie litt unter dem Uebel, das unser ganzes öffentliches Leben seit Jahrzehnte beeinträchtigte, unter der Zerplitterung. Jedes Land, jede Provinz, jeder Badeort am Meer und im Gebirge betrieb die Fremdenwerbung auf eigene Faust. Das Ergebnis war ein ewiges Durcheinander und Gegeneinander, weil sich die Werbezenträle gegenseitig überboten oder unterboten. Daß Fremdenverkehrswerbung auch eine außenpolitische Frage von größter Wichtigkeit ist, hatte man nicht erkannt.

Es ist das Verdienst der nationalen Regierung, daß sie schon im Sommer des vergangenen Jahres die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit gerade auf diese Seite der Fremdenverkehrswerbung hinlenkte. Man erinnere sich nur des Rückgangs und Abbruchs, die durch die Greuelpropaganda im Ausland dem Zustrom der Fremden nach Deutschland zugefügt wurden. In jenen Wochen und Monaten erlebten wir aber tagtäglich das gleiche: Jeder Ausländer, der nach Deutschland kam und sich mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, daß nichts von dem wahr war, was die Lügenpresse des Auslands berichtete, kam in seine Heimat zurück, zwar nicht immer als begeisterter Ueberzeugter, was man auch nicht voraussehen konnte, bestimmt aber als Bekämpfer der Wahrheit über die Zustände in Deutschland. Aber ob so oder so, auf jeden Fall wurde der Ausländer mittelbar zu einem Werber für Deutschland.

Ist damit die außenpolitische Bedeutung der Fremdenverkehrswerbung zur Genüge charakterisiert, ergibt sich die Aufgabe für die Zukunft ganz von selbst. Wir müssen die negative Abwehr, zu der wir notgedrungen im vergangenen Jahre noch gezwungen waren, nunmehr in positiven Werben für Deutschland umkehren. Dazu gibt uns die Neuorganisation des Fremdenverkehrswezens die beste Grundlage. Im Bund deutscher Verkehrsverbände und Bäder sind alle bisherigen Werbeorganisationen zu einer einzigen Zentrale zusammengefaßt worden, an deren Spitze niemand anders steht, als der Reichsminister für Propaganda, Dr. G. B. B. Durch diese Personalunion ist die Verbindung der wirtschaftlichen Seite mit der außenpolitischen hergestellt. Auf der anderen Seite steht die Fremdenverkehrswerbung von jetzt unter dem Patronat der Reichsregierung. Was der deutsche Fremdenverkehr seit Jahren erstrebte, ist nunmehr zur Zeit geworden, es gibt nicht nur eine Einheitsorganisation, sondern auch eine Bestellsstelle für die Fremdenwerbung.

Wenn je, dann darf gerade bei dieser Werbung die Arbeit nicht vom „grünen Tisch“ aus erfolgen. Deshalb hat der Bund in Verbindung mit der Reichsbahnzentrale für Reiseverkehr eine Dauerausstellung der deutschen Reise organisiert, die nunmehr der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Daß sie nach Berlin verlegt wurde, bedarf keiner eingehenden Begründung. Schon aus den oben angeführten außenpolitischen Gründen war es notwendig, die Verbindung mit der Reichsregierung aufs engste auszugestalten. Hinzu kam die Bedeutung Berlins als des Hauptverkehrs-Knotenpunktes Deutschlands überhaupt. Schließlich bot das Columbus-Hochhaus am Potsdamer Platz schon rein äußerlich nach Lage und Aufbau die geeignete Heimstätte für diese Ausstellung, die selbstverständlich kein Eintrittsgeld erhebt. Da das Ziel der Werbung Deutschland ist, gibt die Ausstellung ein erschöpfendes Bild der deutschen Landschaft. Bereits im Erdgeschoß schmückt ein Fries farbiger Plakate aus deutschen Landschaften die Vorkasse, in der Schiffsmodelle aufgestellt sind. Im ersten Stock ist die ganze Front der Räume nach dem Potsdamer Platz zu von den Schaltern eingenommen, an denen sprachenkundige Herren und Damen die notwendigen Auskünfte erteilen. Für Sanatorien und Kinderheime einerseits und für die im Bund der Verkehrsverbände vertretenen Bäder andererseits sind besondere Auskunftsaltäre eingerichtet worden.

In den anschließenden Räumen sind die schönsten deutschen Landschaften in großen Lichtbildern zu sehen. Dazwischen sind Modelle der Rheindampfer, ein Diorama von Marburg an der Lahn, ein großartiges Modell des Massivs der Zugspitze und des Hafens am Meer, nämlich des Columbus-Hafens im Bremer Hafen, und der Oberausfahrt ausgestellt, das durch die ständig aufleuchtenden Blinklichter der Bojen und Leuchttürme besonders eindrucksvoll ist. Aber nicht nur die Landschaften und Bauwerke werden im Bilde vorgeführt, auch der deutsche Mensch, der in diesen Landschaften wohnt, wird in Trachten und Volksbräuden gezeigt. Am immer wieder von neuem Besucher gerade dieser Räume anzuziehen, werden die Bilder allmonatlich gewechselt.

Nun ist der erste Schritt getan. Ganz Deutschland im Columbus-Haus bedeutet zunächst nur einen Anfang. Neben der Hauptaufgabe, den Fremden nach Deutschland zu ziehen, verfolgt die Dauerausstellung noch einen weiteren

Tagespiegel.

Der neue Reichsbankausweis zeigt eine Senkung des Goldbestandes um 20,7 Millionen und eine Steigerung des Devisenbestandes um 8,5 Millionen.

In Italien wurde die Einheitsliste zur Abgeordnetenversammlung fast einstimmig gewählt.

Das Werk des Führers „Mein Kampf“ wird nun auch in italienischer Sprache in Mailand erscheinen.

Ueber die neue österreichische Verfassung werden weitere Einzelheiten bekannt; alle Wehrformationen werden Starzhembergs Führung unterstellt.

Am Dienstag wird in Delft die verstorbene niederländische Königinmutter Emma beigesetzt.

In Amerika ist der Streit mit der Kraftwagenindustrie durch Präsident Roosevelt beigelegt worden. Der Ausstand von 250 000 Arbeitern ist dadurch vermieden; die Neuarbeiter Tarifhaufseure haben auch am Montag Unruhen ausgesetzt.

Zweid, den Deutschen begreiflich zu machen, daß das schönste Reiseland der Welt ihr eigenes Vaterland ist. 1934 muß das Jahr der „Entdeckung Deutschlands“ durch die Deutschen werden.

Öffentliche Finanzen und Wirtschaft

Rede des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk

München i. B., 26. März. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk hielt auf Einladung der wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft im Auditorium Maximum der Universität München einen groß angelegten Vortrag über „Öffentliche Finanzen und Wirtschaft“. In einem Rückblick auf die hinter sich liegende Zeit erklärte der Minister zunächst, daß er sich den Zeiten des Jahres 1914 nicht nur innerlich, sondern auch zeitlich viel näher fühle als der Zeit vor zehn Jahren, die unter friedlichen, sparames und ehrliches Volk an die Grenze des Chaos und des Verbrechens geführt habe. Wenn es gelungen sei, des Wirtwares Herr zu werden durch das, was man das Wunder der Rentenmarkt nennt, so wolle er offen lassen, wem das Verdienst für die Schaffung der Rentenmarkt zukomme, ob dem Manne, dessen früher Tod einer der schwersten Verluste in der Nachkriegszeit gewesen sei, Helferich, ob dem damaligen Reichsfinanzminister Dr. Luther oder dem damaligen Reichswährungskommissar Dr. Schacht. Nur eines wolle er betonen, es habe sich hier zum erstenmal gezeigt, welche unendliche Bedeutung gerade auch auf dem Gebiete der Währung das psychologische Moment habe. Wenn die Rentenmarkt Erfolg gehabt habe, so sei das nicht so sehr der Grundlage ihrer Sicherheiten zu verdanken, sondern vielmehr der Tatsache, daß das deutsche Volk an diese Rentenmarkt geglaubt habe. Dasselbe zeigte sich später im Jahre 1926, als Poincaré den französischen Franc stabilisierte. Die Folge des Wunders der Rentenmarkt sei dann die Entwicklung einer sogenannten Hochkonjunktur gewesen, bei der es sich aber nur um eine Scheinkonjunktur gehandelt habe, weil die Grundlage nicht gesund gewesen sei; denn diese Grundlage habe aus geborgten Auslandsgeldern kurzfristiger Art bestanden.

Der Minister fuhr dann fort. Es klingt wie ein Märchen aus Tausend und einer Nacht, das es damals Zeiten gegeben hat, wo man nicht wußte, was man mit den dauernd in den Kassen befindlichen künftigen Ueberüberschüssen anfangen sollte. Hier setzte der erste große Fehler ein. Es wäre damals notwendig gewesen, eine wirkliche Haushaltskonjunkturpolitik zu treiben, in den Zeiten der Fülle für die Zeiten der Not zusammenzuhalten. Nur ein einziger meiner Vorgänger, Reichsfinanzminister Schlieffen, hat den Versuch gemacht, eine derartige Politik durchzuführen. Wenn man überlegt, daß von dem Höchststand der Einnahmen von 1929 bis 1932 die gesamten Steuern in Deutschland um 3,5 Milliarden RM. herabgesunken sind, obwohl man Steuererhöhungen in der Zwischenzeit in Höhe von 3 Milliarden RM. hat eintreten lassen, so daß man in Wirklichkeit einen Steuerrückgang von 6,5 Milliarden RM. gehabt hat, dann können daraus zwei Folgerungen gezogen werden, nämlich wie ungeheuer schicksalsverbunden Wirtschaft und öffentliche Finanzen sind und wie entsehrlich sich dieses Loch nun auf der Ausgabeenseite der öffentlichen Finanzen ausgewirkt mügte. Es blieb damals nichts anderes übrig, als auf der Ausgabeenseite zu droffeln. Durch jede Schrumpfung aber wird eine Krise nur verschärft. Immer neue Sparmaßnahmen werden getroffen, und so begann der Wettlauf hinter dem Fehlbetrag her.

Graf Schwerin von Krosigk gab dann einen Ueberblick über die Finanzpolitik, die unmittelbar nach der Lausanner Konferenz, durch deren Ergebnis die Reparationen praktisch beseitigt wurden, einsetzte. Der Erfolg des damaligen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist sehr umstritten. Der entscheidende Punkt aber ist der, daß damals eine wirkliche Wendung nach oben nicht eintreten konnte, weil das Vertrauen in die politische Sta-

bilität der Regierung fehlte. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse konnte entscheidend erst eintreten, nachdem Hitler die Regierung übernommen und damit das Vertrauen in die politische Stabilität die Grundlage gebildet hat für eine wirtschaftliche Entwicklung nach oben.

Als wir bei Beginn des vorigen Jahres den Haushalt für 1933 und gleichzeitig den Haushalt für die Arbeitslosenfürsorge aufstellten, da mühte ich dem Reichsfinanzminister sagen, daß im Haushalt der Arbeitslosenfürsorge, rein ziffernmäßig gesehen, ein Fehlbetrag von 750 Millionen RM. war. Ich schlug aber trotzdem vor, nichts zu tun, weil ich der Ueberzeugung war, daß aus der Maßnahme der Arbeitsbeschaffung eine solche Senkung der Arbeitslosenzahl kommen würde, daß dieser Fehlbetrag von 750 Millionen RM. nicht annähernd in dieser Höhe praktisch werden würde. Diese Hoffnung hat nicht getrogen. Der damals angenommene Fehlbetrag ist heruntergegangen auf 200 Millionen RM.

Daß eine Besserung eingetreten ist, dafür will ich nur eine Ziffer aus meinem Gebiet nennen, die von bedeutendem Interesse ist. Die Umsatzsteuer ist konjunkturrempfindlich. Wir haben bei Verabschiedung des Haushalts 1933 angenommen, daß die Umsatzsteuer nicht 1350 Millionen RM., sondern 1500 Millionen RM. erbringen würde. Die tatsächlichen Ergebnisse haben diese Annahme gerechtfertigt. Das ist wohl der schlagendste Beweis für die Besserung, die eingetreten ist. Das, was 1933 geschaffen worden ist, waren nicht zusammenhanglose plötzliche Einzelereignisse, sondern alles waren Glieder eines einheitlichen Planes. Die Belebung der Wirtschaft kann nur dadurch erfolgen, daß Lasten, die wir als überhöht erkannt haben, gesenkt werden. Das ist im Laufe des Jahres geschehen, aber nicht in der Form, daß wir eine einheitliche große Senkung gemacht hätten; denn dazu waren wir zunächst nicht imstande. Sondern dadurch, daß wir eine Senkung hatten eintreten lassen, die alsbald ein wirtschaftliches Ergebnis brachte. Der Minister erwähnte in diesem Zusammenhang den Fortfall der Kraftfahrzeugsteuer und die Gewährung von Darlehen zur Förderung der Eheschließungen. Nicht unmittelbar wirksam sind die Maßnahmen, die für die Landwirtschaft auf dem Gebiete der Umsatzsteuer ergriffen wurden. Wenn man jetzt auf landwirtschaftlicher Seite zugibt, daß es langsam besser wird, dann ist das nicht nur eine Folge der Maßnahmen auf dem Gebiete der Preisgestaltung, sondern auch eine Folge der Maßnahmen, die zur Entlastung ergriffen wurden.

Die Sanierung der Gemeinden, die Gemeindefürsorge und die Uebernahme der Krisenfürsorge von den Gemeinden auf das Reich, die Begrenzung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, sie sind nicht geschaffen worden im Interesse der Gemeinden, sondern das ist mit ein Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Es ist damit natürlich nicht gelungen, die Gemeinden zu sanieren; aber das Gros der Gemeinden kann zum erstenmal für 1934 wieder einen ausgeglichenen und gesunden Haushalt aufstellen. So lange aus einer erstarren Wirtschaft die Initiative nicht volle Ergebnisse bringt, so lange die normale Auftragserteilung nicht wieder das übliche Maß erreicht, so lange muß eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung vom Reich eingetren.

Diese öffentliche Arbeitsbeschaffung war absolut notwendig, muß aber auch in ihrer Begrenzung verstanden werden, weil sie nur eine Uebergangzeit überbrücken soll. Es ist falsch, von einer künstlichen Arbeitsbeschaffung zu sprechen, denn sie ist nicht künstlich, sondern sie ist in diesem Augenblick und in dieser Lage notwendig und gerechtfertigt.

Nun endlich die oft an mich gestellte Gewissensfrage: Wer bezahlt denn nun eigentlich alles? Ich drücke mich gar nicht vor dieser Frage, sondern will sie absolut klar beantworten und mit Ihnen besprechen, ob man das nach den Umständen, die ich vorher nannte, rechtfertigen kann oder nicht: das Geld zur Bezahlung aller Arbeitsbeschaffungsprogramme wird gepumpt. Ich kann es aus dem laufenden Haushalt nicht geben. Wenn ich es aus den Steuern zahlen könnte, dann bräuchten wir ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht. Diesen Pump nehme ich durchaus nicht leicht, sondern erkenne durchaus an, welche schwere Vorbelastung für künftige Jahre darin liegt. Es ist eben so geregelt, daß ebenso wie die Steuerzuschüsse auch die kurzfristigen Kredite zur Unterhaltung des Arbeitsbeschaffungsprogramms im Laufe von fünf Jahren abzudecken sind, und uns da wir schon im Arbeitsbeschaffungsprogramm an ein Steuerzuschüssen eine Vorbelastung von rund 4 Milliarden haben, so ist das eine nicht unerhebliche Vorbelastung kommender Jahre, zumal wenn man bedenkt, daß wir aus vergangenen Zeiten auch noch einen Haushaltsfehlbetrag im Reich in Höhe von 2 Milliarden mitschleppen. Kann man nun mit einer solchen Vorbelastung in Höhe von 6 Milliarden ruhig schlafen? Wenn man nichts getan hätte und keine Vorbelastung künftiger Jahre übernommen hätten, dann hätten wir genau wie in den vergangenen Jahren einen Riessensfehlbetrag gehabt, den wir im Haushalt durch kurzfristige Kredite hätten vorübergehend abdecken können, was aber ebenfalls eine Vorbelastung für die Zukunft gewesen wäre, nur mit dem einen Erfolg, daß nicht die Quellen erschlossen worden wären, aus denen diese Vorbelastung wieder abgezahlt werden kann. Da liegt der Unterschied. Es handelt sich hier um die einzig mögliche Politik, diese Vorbelastung zu übernehmen. Weil wir keine Reserven aus guten Zeiten haben, müssen wir die Reserven aus der Zukunft vorübergehend nehmen. Auf nichts anderes kommt es an, wenn man die Zahlen vergleicht. Eine Vorbelastung von jährlich einer Milliarde und ein Steuerausfall von 6 Milliarden: ist es vielleicht eine allzu optimistische Hoffnung, daß wir ein Sechstel wenigstens wieder aufholen? Und lösen

wir es wieder auf, dann ist damit die Finanzierung dieser Vorbelastung durchaus möglich und gesichert. Wenn also jemand hier meckert und glaubt, daß in dieser Vorbelastung der Zukunft eine Gefahr für die Währung liegt, dann versteht er entweder nichts von der Sache oder will nichts davon verstehen.

Wie sieht nun der Plan für 1934 aus? Aus den Arbeitsbeschaffungsprogrammen des vorigen Jahres haben wir noch einen nicht unerheblichen Rest für 1934. Für dieses Jahr tritt gleichzeitig zum erstenmal die Durchführung des Autobahnenprogramms mit den ersten Summen in Erscheinung. Infolgedessen haben wir allein aus diesen Mitteln dasselbe Volumen wie im Jahre 1933. Die mittelbare Wirkung der Arbeitsbeschaffungsprogramme von 1933 fängt erst im Jahre 1934 an sich voll auszuwirken. Aber eines war tatsächlich stark zurückgeblieben; die Arbeitsprogramme hatten sich nur auf einen Teil der Industrie ausgewirkt. Hier muß nachgeholt werden. In diesem Zusammenhang wies der Reichsfinanzminister auf das vom Kabinett verabschiedete Gesetz zur Verstärkung der Kaufkraft hin. Es ist unmöglich für den Finanzminister, Steuerpolitik zu treiben, wenn gleichzeitig die zahlreichen neuen Gesellschaften des öffentlichen Rechts ohne Rücksicht auf den Finanzminister Beiträge usw. erheben können.

In diesem Jahre steht die Steuerreform auf dem Programm der Regierung. Ich bin der Überzeugung, daß wir mit der wichtigsten Steuer, der Einkommensteuer, wesentlich herabgehen können. Es ist eine alte Erfahrung, daß zu hohe Einkommensteuern sich stumpf machen. Ich glaube deshalb, daß wir eine Reform eintreten lassen können, weil ich auf einen Mehrertrag der Einkommensteuer infolge steigender Steuerertragskraft rechne.

Der Minister streifte dann die Frage unserer Beziehungen zum Ausland und den Rückgang unserer Industrieausfuhr, sowie die Frage der Rohstoffbeschaffung. Amerika wird einsehen müssen, daß es auf die Dauer einen Kuchen nicht doppelt essen kann, und zwar nicht gleichzeitig als Gläubiger und als Exporteur. Auf eines muß man verzichten.

Der starke Staat, den wir jetzt haben, so schloß der Reichsfinanzminister, ist berufen zu einer aktiven Wirtschaftspolitik, aber die Initiative und Verantwortlichkeit des einzelnen Wirtschaftlers und Arbeiters muß unangetastet bleiben.

Bereinigung der österreich. Wehrformationen

Wien, 26. März. Die seit längerer Zeit geführten vertraulichen Besprechungen über die Bereinigung der österreichischen Wehrformationen sind jetzt so weit gediehen, daß mit der Bekanntgabe der endgültigen Regelung bereits in den nächsten Tagen gerechnet werden kann. Die zwischen dem Bundeskanzler Dollfuß, dem Bundesführer der Heimwehren, Starhemberg, und dem Generalsekretär der Vaterländischen Front, Stedham, ohne Teilnahme des Vizelandes Frey getroffene grundsätzliche Vereinbarung sieht, wie mitgeteilt wird, folgende Regelung vor: **Sämtliche Wehrverbände** — die Heimwehren, die ostmärkischen Sturmbrigaden, der Freiheitsbund und die Christlich-deutsche Turnerstaffel, jedoch ohne die Bauernwehren des Lombundes — werden zu einer Wehrfront zusammengefaßt und in die Vaterländische Front eingegliedert. Führer der Wehrfront wird der Bundesführer Starhemberg. Die gesamte Vaterländische Front, die in Zukunft aus der „Völkischen Front“ der verschiedenen Organisationen und der Wehrfront bestehen wird, untersteht dem Bundeskanzler Dollfuß. Der Vizelandes Frey und der bisherige Führer der ostmärkischen Sturmbrigaden, Dr. Schufshinnig, scheiden aus der Leitung der Wehrformationen aus. Die einzelnen Wehrverbände bleiben als Unterverbände weiter im Rahmen der Wehrfront bestehen, werden jedoch umorganisiert. Die Wehrfront wird weiter als eine freiwillige Organisation aufrecht erhalten und in die Verfassung nicht eingebaut, jedoch durch die direkte Unterstellung unter die Führung des Bundeskanzlers unmittelbar der Regierung zur Verfügung gestellt. Die gesamte Vaterländische Front wird als eine österreichische Staatsbewegung erklärt. Die in der Wehrfront zusammengeschlossenen Wehrverbände sollen zum Teil durch Eingliederung der Angehörigen in die Privatwirtschaft zahlenmäßig herabgesetzt werden, so daß man annimmt, daß in Zukunft die Wehrfront etwa 30 000 bis 40 000 Mann umfassen wird.

Die neue österreichische Verfassung

Gliederung nach berufständischen Gesichtspunkten
Wien, 26. März. Die „Amtliche Wiener Zeitung“ bestatigt in einem Artikel von besonderer Seite die Grundzüge der österreichischen Verfassung und ergänzt sie durch eine Reihe bemerkens-

Hallo, Suse, die Konkurrenz

Ein fröhlicher Roman vom deutschen Rhein von H. P. Stolp
16. Fortsetzung. **Wohndrauf verboten.**

„Ja, es waren zwei ganz unverdächtige Burshen!“ Er beschrieb sie.

Baderbeck wackelte grimmig mit dem Kopfe.

„Das war der junge Lüders mit seinem Kellermeister. Aber, lieber Fürst, ärgern Sie sich nicht weiter. Wir“, er sagte wir, „sind ja turmhoch über derartigen Kreaturen!“

„So ist es!“ versetzte Seine Durchlaucht und goß sich den sechsten Kognac hinunter.

Baderbeck schellte und Sternpichel erschien.

„Sternpichel“, sagte er sehr barsch, um den Fürsten zu imponieren, „nehmen Sie die beiden Rindviecher sowie hundert Mark aus der Kasse und schaffen Sie sie hinüber nach dem Lüderschen Weingute. Keine Minute länger mehr dulde ich sie hier auf meinem Grund und Boden.“ Baderbeck machte ein finstres Gesicht.

Sternpichel starrte seinen Chef und das Fürstentum mit aufgerissenem Munde an. Dann zuckte er die Achseln und sagte:

„Mir soll es gleich sein! Ich bin Soldat gewesen und weiß zu gehorchen.“ „Bitte“, wandte er sich an das Fürstentum, „wollen Sie vorangehen!“

„Häh...?“ machte der Fürst verständnislos. Baderbeck war in diesem Augenblick knapp an einem Schlaganfall vorbeigekommen.

„Ach bitte, lieber Fürst, einen kleinen Moment!“ flötete er hastig atmend und zog den Buchhalter mit sich hinaus.

„Sie verfluchter Kerl“, da der Fürst derartige schmückende Beiworte in hinreichendem Maße gebrauchte, glaubte Baderbeck, es nun auch tun zu müssen. „Sie verfluchter Kerl“, sagte er also zu Sternpichel. „Was unterstehen Sie sich! Ein Glück, daß Seine Durchlaucht nicht bemerkte, wie Sie gehirnloses Wesen meinen Befehl ausgeführt haben. Ich hätte Sie auf der Stelle hinausgeworfen. Was denken Sie

wertet Einzelheiten. Es gibt nach den Ausführungen in dem amtlichen Organ die bereits bekannten vier beratenden Körperschaften:

den Staatsrat, der 40 bis 50 Mitglieder zählen wird, welche vom Bundespräsidenten auf die Dauer von zehn Jahren ernannt werden;

den Kulturrat mit 30 bis 40 Mitgliedern;
den Wirtschaftsrat mit 70 bis 80 Mitgliedern;
den Länderrat mit je 2 Mitgliedern aus jedem Bundesland und aus der bundesunmittelbaren Stadt Wien.

Aus diesen beratenden Körperschaften wird die beschließende Körperschaft gebildet, die Bundestag heißt. In diesen Bundestag wählen der Staatsrat 20 Mitglieder, der Kulturrat 10 Mitglieder, der Wirtschaftsrat 20 Mitglieder und der Länderrat 9 Mitglieder.

Die Gesetzesinitiative liegt bei der Regierung. Wenn die Regierung ein Gesetz braucht, so soll ihr Entwurf den vier beratenden Körperschaften zur Begutachtung übergeben werden. Diese beratende Tätigkeit soll in nichtöffentlichen Sitzungen erfolgen. Auf Grund der Gutachten arbeitet dann die Regierung ihre endgültige Regierungsvorlage aus. Diese wird im Bundestag eingebracht, wo die Vorlage nicht abgeändert werden kann. Der Bundestag kann die Vorlage nur annehmen oder verwerten.

Der Bundesvoranschlag (Staatshaushalt) erfährt eine Sonderbehandlung. Er soll direkt im Bundestag eingebracht und dort beraten werden. Er kann auch abgeändert werden, und kann durch Beschluß in Kraft gesetzt werden.

Der deutsch-finnische Handelsvertrag

Berlin, 26. März. Der am Samstag abgeschlossene deutsch-finnische Handelsvertrag hat dem mit Ablauf des Vertrages von 1926 seit Ende 1933 bestehenden vertragslosen und handelskriegähnlichen Zustand ein Ende gemacht. Der neue Vertrag lehnt sich an den von 1926 an und beruht auf dem Grundsatz der **Reistbegünstigung**. Bereits kurz vor Ablauf des alten Vertrages setzten neue Verhandlungen ein, die aber zu keinem Ergebnis führten. Finnland hatte eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die sich zum Teil noch im Rahmen der Reistbegünstigung hielten; dann aber erfolgten Einfuhrverbote für eine Reihe deutscher Waren. Ende Januar 1934 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, die seit dieser Zeit ununterbrochen geführt wurden. Einer Eingangs standen zunächst auch die finnischen Industrialisierungsbestrebungen entgegen, die mit Rohrod betrieben wurden. Trotz aller dieser Hemmnisse gelang es aber, für Deutschland die Reistbegünstigung zu erreichen, ferner besondere Vertragsgläubnisse für Erzeugnisse unserer eigenen **Ausfuhrindustrie** zugestanden zu erhalten. Der Vertrag erfüllt zwar nicht alle Erwartungen, die man deutscherseits gestellt hatte; immerhin hat der seit Ende 1933 bestehende vertragslose Zustand nun einer Vereinbarung Platz gemacht, die beiden Seiten gewisse Vorteile einräumt. Der Vertrag wird am 1. April in Kraft treten. Mit der Ratifizierung durch Finnland ist im letzten Monatsdrittel des April zu rechnen.

Für Rückgabe der deutschen Kolonien

London, 26. März. „Daily Mail“ zufolge erklärte am Sonntag Pastor Dr. Arthur Taylor in einer Predigt in der St. Davids-Kirche in Glasgow, der Aufsatz, den Lord Rothermere neulich in der „Daily Mail“ veröffentlicht habe und in dem er für Rückgabe einiger ehemaliger deutscher Kolonien eingetreten war, sei lässig, kurzlos und klug gewesen. Lord Rothermere habe bei seiner genauen Kenntnis der europäischen Angelegenheiten Anspruch darauf, als Autorität zu gelten. Es sei ermutigend, daß in diesen schwierigen Zeiten eine so hervorragende Persönlichkeit dafür eintrete, daß Deutschland einiges von dem Gebiet, das ihm genommen wurde, zurückhalte. Die rechte Art, Deutschland dabei zu helfen, auf dem Wege des Friedens zu bleiben, sei, der Anregung Lord Rothermeres zu folgen und Deutschland einen Weg für seinen Kraftüberschuß zu geben.

Unterzeichnung eines deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens

Berlin, 26. März. Amtlich wird mitgeteilt: Die zwischen der Reichsregierung und der Regierung der sozialistischen Sowjetrepubliken in den letzten Wochen geführten Wirt-

schaftsverhandlungen haben zu einem **Schlusprotokoll** geführt, das im Auswärtigen Amt von den Vertretern der Reichsregierung und der Sowjetunion und der Handelsvertretung unterzeichnet worden ist. Das **Schlusprotokoll** enthält die Regelung für 1934. Insbesondere sind Vereinbarungen über den Verkehr mit der Reichsbank und über die devisenrechtlichen Fragen getroffen worden.

Berlin—London—Berlin in einem Tag!

Berlin, 26. März. Die Deutsche Lufthanfa hat den großen Verbindungen mit den Hauptstädten des Auslandes seit jeher ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist ihr nun gelungen, auf der Strecke Berlin—London für den Sommerflugplan, der ab 1. Mai in Kraft tritt, einige sehr wesentliche Verbesserungen zu schaffen. So wird es im kommenden Sommer zum erstenmal möglich sein, von Berlin nach London und zurück an einem Tage zu fliegen und dabei noch in London genügend Zeit zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zu haben. Der Start erfolgt dann nach London in Berlin um 7 Uhr morgens, die Maschine ist bereits um 9.50 Uhr in Amsterdam und erreicht London dank der hohen Fluggeschwindigkeit von 240 Kilometern um 11.25 Uhr. Der Reisende hat dann vierstündig Stunden zur Abwicklung seiner Geschäfte in London, denn die nach Berlin zurückfliegende Maschine startet in der englischen Hauptstadt um 16 Uhr und erreicht Berlin um 20 Uhr.

Endergebnis der italienischen Wahlen

Rom, 26. März. Amtlich wird folgendes vorläufiges Gesamtergebnis der Wahlen zur italienischen Abgeordnetenkammer bekanntgegeben:

Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 10 433 536, die Anzahl der abgegebenen Stimmen beläuft sich auf 10 041 997; Wahlbeteiligung 96,25 Prozent. Hier von lauteten auf **Ja** 10 025 513 Stimmen, auf **Nein** 15 265 Stimmen. Ungültig waren 1219 Stimmen.

Die Abstimmung am Sonntag hat sich in ganz Italien in größter Ordnung und ohne jeden Zwischenfall vollzogen. Zum Wahlergebnis betonen die Blätter, niemals in den heutigen Tagen habe man eine Volksabstimmung für ein Regime und den Mann, der es verkörpert, erlebt, die so spontan gewesen. Das Ergebnis sei vor allem ein **Akt der Dankbarkeit für den Duce**, für sein heroisches Leben, das ganz der Verteidigung der Nation und ihren Idealen gewidmet sei. Ferner verkörpere es des Volkes unbestrittenen Glauben an das faschistische Regime. Schließlich sei es für alle übrigen Nationen ein neuer glänzender Beweis für den einheitlichen Willen der italienischen Nation. Aus einem Volke, das bis vor kurzem aus Tradition zerissen gewesen sei, sei nun eine bewundernswerte Einheit, ein unzerbrechlicher Block von Energien geworden.

Hitlers „Mein Kampf“ in Italien

Ein Vorwort des Führers

Mailand, 26. März. Im Verlag Bompiani in Mailand kommt in diesen Tagen die italienische Uebersetzung des Werkes des Führers, „Mein Kampf“, in Buchform heraus. Der Führer hat dazu folgendes Vorwort geschrieben:

Kämpfer, die für erhabene nationale Ideen kämpfen, sind lebenslang und zutunftsreich. Sie halten ihr Schicksal selbst in Händen. Ihre gemeinschaftsbildenden Kräfte sind dann nicht selten Werte von internationaler Geltung, die für das Zusammenleben der Völker untereinander segensreicher wirken, als die „unsterblichen Ideen“ des Liberalismus, die die Beziehungen der Nationen verwirren und vernichten.

Faschismus und Nationalsozialismus, in ihrer westanschaulichen Grundhaltung innerlich verwandt, sind berufen, einer strahlbaren internationalen Zusammenarbeit neue Wege zu weisen. Sie in ihrem tiefsten Sinn und Wesen begreifen, heißt dem Frieden der Welt und damit der Wohlfahrt der Völker dienen.

Botschafter Dodd bei Roosevelt — Luther bei Hull

Washington, 26. März. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Dodd, war am Montag mittig bei Roosevelt im Weißen Hause zu Gast. Er berichtete dem Präsidenten, der Dienstag einen 10tägigen Osterurlaub antritt, über die Ansichten der Reichsregierung zu den schwebenden finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Fragen. Gleichzeitig hatte Botschafter Luther wiederum eine längere Besprechung mit Staatssekretär Hull.

Herrliche Menschen waren das! Nicht ein bißchen stolz und so leutselig! Baderbeck strahlte wie die aufgehende Sonne, falls dieser Vergleich nicht etwas zu gewagt war. „Ich möchte mich jetzt aber gern ein wenig niederlegen“, meinte die geborene Pfefferkorn. „Du auch, lieber Bogil...?“ Der Fürst bestatigte, dieses Bedürfnis zu haben, und die Familie Baderbeck brachte ihren hohen Besuch hinaus in die Zimmer. —

„Nun, was sagt ihr nun zu meiner allerhöchsten Verwandtschaft...?“ forschte Johann Baderbeck, nachdem er mit Frau und Tochter wieder allein war. Er rieb sich zufrieden die Hände und sah die beiden Damen an. „Wenn man nicht genau wüßte“, versetzte Sie und gewann langsam den Ausgang, „daß man es mit wirklichen Fürsten zu tun hat, könnte man meinen's ist so'n Budischerhepaar, das plötzlich eine große amerikanische Erbschaft gemacht hat und nunmehr seine Leute spielt.“ Damit war sie hinausgewirbelt.

„So was von Respektlosigkeit!“ rief Herr Baderbeck erzürnt. Stirnrunzelnd wandte er sich an seine Frau. „Du hast natürlich einen ganz anderen Eindruck von meiner hohen Verwandtschaft, nicht wahr, lieber Frieda...?“

„Hm... Eindruck...“ versetzte Frau Baderbeck. „Wenn ich ehrlich sein soll, zunächst habe ich noch gar keinen. Nur festgestellt habe ich, daß das, was die Fürstin zu dir ist, der Fürst zu dir ist. Aber nun muß ich schnell mal in die Küche schauen. Leb wohl bis nachher.“

Ehe Baderbeck zu Worte kam, war sie fort.

„Ach, dummes Zeug!“ knurrte er vor sich hin. „Frauen sind für Personeneindrücke überhaupt nicht aufnahmefähig.“

Sternpichel, der Buchhalter, erschien in der Tür.

„Na, Sternpichel...?“ fragte Baderbeck.

„Die Ochsen sind abgeliefert!“ meldete Sternpichel. „Das Geld hat der junge Lüders wieder mit zurückgeschickt. Er sagte, es wäre ihm eine Ehre gewesen, das polnische Fürstentum mal seinen Ochsen borgen zu dürfen.“

(Fortsetzung folgt).

Die neue amerikanische Sozialpolitik

Washington, 26. März. Die Verlegung des Streiks zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Autoindustrie, der größten Industrie der Vereinigten Staaten, ist nicht nur als ein großer persönlicher Dienst Roosevelts, sondern als ein Wendepunkt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in den Vereinigten Staaten zu werten. Zwischen dem Festhalten der Arbeitgeber an der Alleinbesitzerschaft innerhalb der Betriebe und dem Drängen der Gewerkschaften nach der Beherrschung aller Arbeiterfragen ist es Roosevelt gelungen, eine Mittel-Linie zu finden, die gerecht erscheint und die abzulehnen sich die Gewerkschaften mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht leisten konnten.

In Zuge der von ihm eingeleiteten neuen Sozialpolitik hat Roosevelt durchgesetzt, daß sich die Arbeiter ihre Vertretungen selbst auswählen dürfen, ohne daß die Arbeitgeber einerseits und die Gewerkschaften andererseits sich das Recht zu Vorzügen anmaßen können. Schließlich verlangt Roosevelt jetzt von den Arbeitgebern, daß sie bei der Einstellung bzw. Entlassung von Arbeitnehmern in erster Linie den Kinderreichtum berücksichtigen, sodann das Dienstalter, das Geschlecht und die Arbeitsleistung. Erst nach Berücksichtigung dieser Punkte greift die Bestimmung Platz, daß nicht mehr Mitglieder der Gewerkschaften eingestellt oder abgebaut werden dürfen, als Vertreter anderer Arbeitergruppen.

Die Schweiz gegen Verleumder

Verordnung des Schweizer Bundesrates zum Schutze ausländischer Staatsmänner u. Einrichtungen vor Beschimpfung

Bern, 26. März. Der Schweizer Bundesrat hat am Montag eine Verordnung erlassen, in der er zum Ausdruck bringt, daß er die Beschimpfungen ausländischer Staatsmänner und Einrichtungen durch die marxistische Presse nicht mehr dulden werde. Die neuen Bestimmungen gelten für Inländer. Durch die kürzlich erfolgte Ausweisung des Rumänien Hestarm, Chefredakteur des „Moment“, der die österreichische Regierung beschimpft hatte, hat der Bundesrat bereits dargelegt, wie er in Zukunft mit ausländischen Pressevertretern verfährt, die ausländische Staatsmänner und Einrichtungen beschimpfen. Die sofort in Kraft tretende Gesetzesbestimmung befaßt: Presseorgane, die durch besonders schwere Ausschreitungen die guten Beziehungen der Schweiz zu anderen Staaten gefährden, werden verwahrt. Bei Nichtbefolgung der Verwarnung wird ihr Erscheinen auf bestimmte Zeit verboten. Die Kantone werden aufgefordert, Druckschriften, Bilder und ähnliche Darstellungen, die geeignet sind, die guten Beziehungen der Schweiz zu anderen Staaten zu gefährden, von der Ausstellung und vom Vertrieb auszuschließen, vorläufig zu beschlagnahmen und der Bundesanwaltschaft einzuliefern, die beim Bundesrat Antrag auf endgültige Einschlebung stellt. Dasselbe gilt für aus dem Ausland eingeführte Druckschriften mit der gleichen Tendenz.

Kriegerische Vorbereitungen der Kleinen Entente?

Budapest, 26. März. Wie der nationalen Tageszeitung „Magyarhaz“ aus Bukarest mitgeteilt wird, sind dort der tschechische General Krejzi und der Chef des jüdischen Generalstabs, General Milowanowitsch, eingetroffen, um mit dem Chef der rumänischen Armee unter Hinzuziehung zahlreicher rumänischer Generale militärische Beratungen zu pflegen. Das Blatt bringt diese Besprechungen mit Kriegsvorbereitungen der Kleinen Entente in Zusammenhang.

Auch Hausgehilfinnen bedingen Kürzung der Arbeitsloshilfe

Bei der Ermäßigung der Arbeitsloshilfe wird ebenso wie bei der Einkommensteuer die Hausgehilfin wie ein Kind behandelt. In den Fällen, in denen nach dem neuen Gesetz eine Ermäßigung der Arbeitsloshilfe entsprechend der Kinderzahl eintritt, werden die Hausgehilfinnen mitgerechnet. Zwei Kinder und eine Hausgehilfin haben also Befreiung von der Arbeitsloshilfe zur Folge. Ebenso besteht schon Abgabefreiheit, wenn nur eine Hausgehilfin vorhanden ist, sofern das Einkommen 500 RM. im Monat nicht übersteigt.

NSDAP. errichtet ein Ehrenmal für einen Pfarrer

ep. Zum Gedächtnis an den vor 14 Jahren von Kommunisten ermordeten Pfarrer Niehus wurde in Ammendorf bei Merseburg ein Gedenkstein errichtet. Pfarrer Niehus wurde 1920 während der mitteldeutschen Unruhen von einem kommunistischen Standgericht zum Tode verurteilt und in grausamster Weise niedergemacht. An derselben Stelle, wo damals der Pfarrer den Heldentod für ein kommendes Deutschland erlitt, wurde jetzt in Anwesenheit der SA., des Stahlhelms, von Vertretern der NSDAP. und zahlreichen Abgeordneten der Kirche ein Ehrenmal errichtet.

Letzte Nachrichten

Mauererinsturz im alten Warschauer Hauptbahnhof

Warschau, 26. März. Bei den Abbrucharbeiten des alten Warschauer Hauptbahnhofes ereignete sich am Montag ein schwerer Unglücksfall. Eine Mauer stürzte ein und begrub 6 Eisenbahnarbeiter unter sich. Einer der Arbeiter war sofort tot, während zwei weitere mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschickt werden mußten.

Großfeuer in einer Textilfabrik in Lodz

Lodz, 26. März. In einer hiesigen Textilfabrik brach am Montag während der Arbeitszeit Feuer aus, das sich überaus schnell über das ganze Gebäude ausbreitete. Der Besessene bemächtigte sich eine Panik. Die Arbeiter mußten durch Feuerwehrlente aus dem brennenden Gebäude herausgeholt werden. 13 Transportarbeiter wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Zwei Arbeiter verloren den Verstand; sie haben aller Wahrscheinlichkeit nach in den Flammen den Tod gefunden. Der Besitzer der Fabrik namens Labowicz führte sich vor Verweilung in die Flammen und kam ums Leben. Die Wehren konnten nur die angrenzenden Gebäude retten.

Wirbelsturm über New Orleans

New Orleans, 26. März. New Orleans wurde am Montag von einem Wirbelsturm heimgesucht, der großen Schaden anrichtete und auch Menschenleben forderte. Sieben Häuserböden wurden in einen Trümmerhaufen verwandelt. Die Verwirrung wurde dadurch vergrößert, daß die Drahtverbindungen und Lichtleitungen zerstört wurden, sodaß sich die Alarmierung von Rettungsmannschaften verzögerte. Zahlreiche Verletzte sind bereits aus den Trümmern der Häuser geborgen worden. Wie groß die Gewalt des Sturmes war, geht daraus hervor, daß ein Wohnhaus vom Unterbau losgerissen wurde. Die Trümmer flürzten auf einen Lastwagen.

1556 Todesopfer der Katastrophe von Hakodate

Tokio, 26. März. Die Liste der Toten bei dem schweren Brandunfall in Hakodate beläuft sich jetzt auf 1556 Personen. Nach dem Polizeibericht sind 87 Angehörige fremder Staaten, die in Hakodate wohnen, durch ein neues Feuer heimatlos geworden, und zwar 5 Bürger der Somalunion, 9 Belarussen, 2 Deutsche, 1 Engländer und 70 Chinesen. Keinem von ihnen ist jedoch ein leichtes Schicksal zugefallen worden. 90 Gefangene wurden aus dem Kerker herausgelassen, weil dieser vom Feuer ergriffen war und schließlich auch zerstört wurde. 63 haben sich bis zum 25. März den Behörden wieder gestellt.

Lokales

Wildbad, 27. März 1934.

— Knospen. Jeder Tag im März wird Lichtes voller, und Wärme brüht neues Leben aus Baum und Strauch. Lebenskraft steigt in tausend und abertausend Wurzeln stammwärts, kreist belebend in Ästen, Zweigen und Zweiglein und schwellt sonnenfrohe Knospen prall und satt. Von Baum zu Baum, von Strauch zu Strauch muß der Mensch wandern, sehen und schauen, beobachten und denkend das Wunder des Knospenfrühlings erfassen, will er ganz eingetaucht in beglückende Natur für das eigene Selbst Gewinn haben. Wie sie dastehen, die kraftvollen Lebenswunder — die Knospen — an Zweig und Ast! Andere Knospen gleichen mit ihrem verpöhten Schuppenpanzer kriegsreifen Helmen. Wieder andere stehen als wehrhafte Spiege im wetterwendischen März. Als gefaltete, betend zusammengelegte Hände haben fromme und heilige Menschen die Knospen des Frühlings auch schon gedeutet. Der lichte, sonnbelegte Knospenfrühling des Märzens ist ein prächtiges Beispiel fleghafter Gebuld. Lange steht die Knospe im Uchte und wartet ihres Frühlings. Ist dann ihr Fröhling gekommen, haben Sonne, Licht und Wärme, Wind und Regen die junge Knospe lang genug umloft und umtoft, dann bricht die Lebenskraft der Knospe sich jubelnd Bahn. Die enge Knospenhülle sprengt und Junggrün flutet wachstumshungrig aus Zweig und Ast. Wo aber Natur die Fülle ihrer Schönheit gehegt und gepflegt hat, da blüht es auf.



11 1/2 Millionen Frühlingsblumen rufen Dich auf, in die Kampffront der N. S. Volkswohlfahrt einzutreten. 11 1/2 Millionen Narzissen werden in den Tagen vor dem Osterfest in ganz Deutschland verkauft werden. Helfst alle mit, das Werk der N. S. V. vollenden. Jeder deutsche Volksgenosse muß am Osterfest die Frühlingsblume der N. S. V. tragen.

Gedanken zum Schuljahr-Schluss

Von Karl Müdersdorf

Wie jeder junge Jahrgang, so wird auch der jüngste, der jetzt zu Ostern die Schule verläßt, um ins tätige Leben zu treten, das Gefühl des eigenen frischen Anfangs mit der Meinung verbinden, daß jetzt mit seinem Ausreten eine ganz neue Epoche beginne. Um so leichter wird sich diesmal das überströmende junge Lebensgefühl über die ganze Umwelt, über Staat und Gesellschaft verbreitern, als die jungen Volksgenossen des Glück haben, in ein neu gegründetes, zukunftsträchtiges Reich eintreten zu dürfen, das nicht zuletzt für sie wie für alle späteren Kommenden geschaffen wurde. — „Geschaffen wurde“ müssen wir sagen und damit schon betonen, daß die jüngste Generation, die der Vierzehn-, Zwanzig- und Fünfundzwanzigjährigen, nicht gerade den wichtigsten aktiven Anteil bei der Gründung des stolzen neuen Reiches hatte. Die Erinnerung tut not, da heute nicht selten diese unsere jüngste im Leben stehende Generation im Ueberchwang von Wort und Schrift ihren Anteil an den geschichtlichen Leistungen des letzten Jahres zu überschätzen Gefahr läuft.

Wir fallen beim Groß-Rainmarium!



Schwan-Seifenpulver zum Waschen in Putzwanne
Paket 24 Pfennig
Doppelpaket nur 44 Pfennig

Gefest-Bohnerwachs zum Bohren in Putzwanne
ca 26 Dose ca 16 Dose ca 26 Dose
RM.-40 RM.-75 RM.-140

Vierzehn Jahre lang hat unser Volk gebraucht, bis es sich von der Schmach des Zusammenbruchs und der feigen Revolte reinwaschen konnte. Und daraus mag mancher vorzeitig den Schluss ziehen, die Männer, die diese anderthalb Jahrzehnte als reife Handelnde mitmachten, hätten verlagert. Für die Jugend, die ihren Blick unverwandt der Zukunft zuwendet, ist die gerechte Würdigung abgeschlossener geschichtlicher Leistungen immer nicht leicht. Die Fünf- und dreißigjährigen scheinen in solchem Urteil zuweilen schon als verfallte und verjüngte Geister, die reif für den Abtritt von der Bühne des Handelns wären. Wie steht es nun mit dem Führungsanspruch der ganz Jungen wirklich?

Gewiß haben sie ihren guten Anteil an der glücklichen Wendung, die im Schicksal unseres Volkes gerade noch rechtzeitig eintrat. Der vierjährige blutige Kampf hatte die Reihen der einsatzbereiten, tatkräftigen Männer gelichtet. In erdrückender Ueberzahl standen den rückkehrenden Frontkämpfern die unmännlichen, weichen, pazifistischen Naturen, die in der Ciarpe und daheim kein Verlust vermindert hatte, gegenüber. Zum Scheitern verdammt war jeder noch so mutige Versuch der wirklichen Männer, den Gang der Dinge in einem würdigen Sinne zu ändern, solange nicht wieder neue Jahrgänge mit einem normalen Verhältnis wertvoller und minderwertiger Kräfte herangewachsen waren. So erklären sich die anderthalb Anglistenjahre. Die Führer der jungen Kämpferscharen aber mußte doch die ältere, reife Generation der Kriegsteilnehmer stellen. Ohne ihre Leitung wäre auch der begeisterte, stürmische Zukunftswille der Heranwachsenden unfruchtbar geblieben. Den gewiß wertvollen Kräften hätte Form und Zielsetzung gefehlt.

Es ist das Unglück für unser Vaterland gewesen, daß dieser Jahrgang so schwach, so blutig vermindert von den Schlachtfeldern zurückkam; sonst hätten wir die schmachvolle Zeit der Demütigung und der planlosen inneren Zerissenheit niemals durchlaufen müssen. Die geschichtliche Leistung der Kriegsgeneration aber, der opferfreudigen Männer, die draußen liegen blieben und jener, die zurückkehren durften, steht unzweifelhaft fest. Wir wissen alle, daß Deutschland den Krieg niemals gewollt hat, daß er über uns kam wie ein Naturereignis, das sich menschlichem Zugriff entzieht. Als er aber hereingebrochen war, galt es, damit fertig zu werden. Und schwer genug war die Aufgabe, Volk und Heimat vier Jahre lang vom Feinde freizuhalten. Man muß sich nur einmal vorstellen, das deutsche Heer von 1914 wäre nicht das beste der Welt gewesen, hätte es nicht eine zehnfache Uebermacht auf feindlichen Boden zurückgeworfen und weit um die Heimat den eisernen Gürtel der Abwehr aufgedaut und verteidigt. Man stelle sich vor, die Senegalnigger Frankreichs und die tatarischen Reiterhorden des Zarenreiches wären über die deutschen Gauen ungehindert dahingebraust. Ein kleines Abbild dessen, was dann geworden wäre, bietet uns ja das Schicksal des besetzten Gebietes. Noch zehn- und hundertmal so groß waren aber 1914 die zügellosen Horden! Kein Stein Deutschlands wäre auf dem anderen geblieben, das Kind in der Wiege, die Frau im Haus wäre der Willkür wilder Völker preisgegeben gewesen. Wer weiß, wie viele von den heute zwanzigjährigen und Jüngeren überhaupt am Leben wären und wie viele schwarze und gelbe Mischlinge sich unter ihnen befänden.

An dies alles wird die Jugend denken müssen, die jetzt ins Leben tritt, wenn sie im reifen Geiste dem Vaterland ihre Kraft darbieten will. Es ist schön, zu wissen, daß die Augen der Nation hoffnungsfreudig auf ihr ruhen, daß sie die Zukunft des Volkes verkörpert. Aber das bedeutet in erster Linie eine Aufgabe, aus deren getreulicher Erfüllung erst Anspruch und Geltung herauswachsen können. So soll sich die junge Mannschaft in der Unterordnung und Pflichterfüllung zu bewähren bestrebt sein, um dann auf des Lebens Höhe einmal selbst führen zu können, wie es jetzt die in Schlachten und Todesnöten gehärteten reifen Männer tun. Im langen Kampfe erst will die Reife zu den verantwortlichen Entscheidungen ertungen sein; dies zeigt am besten das Leben des größten Führers, den unser Volk heute hat.

Württemberg

Besuche im Ministerium des Innern

Stuttgart, 26. März. Der preussische Minister des Innern hatte in einem Erlaß darauf hingewiesen, daß der frühere Brauch wonach Oberbürgermeister (Bürgermeister) oder andere leitende Beamte der Gemeinden und Gemeindeverbände unter Umgehung der Kommunalaufsichtsbehörden in seinem Ministerium unmittelbar persönlich vorstellig wurden, wieder aufzuleben scheine. Entscheidungen könnten bei solchen Besuchen meist schon aus dem Grunde nicht getroffen werden, weil die hier zu treffenden Entscheidungen ohne Stellungnahme der örtlichen Kommunalaufsichtsbehörden nicht gefaßt werden könnten. Durch derartige Besuche werde daher die ohnehin aufs äußerste angespannte Arbeit des Beamten des Ministeriums meist nur vermehrt, ohne daß irgend ein sachlicher Nutzen daraus entspringe. Es wurde deshalb angeordnet, daß solche persönliche Vorstellungen in der Regel zu unterbleiben haben; eine Ausnahme soll nur gelten, wenn sich die Aufsichtsbehörde zuvor mit dem unmittelbaren Vortrag der Sache ausdrücklich einverstanden erklärt hat. Da in Württemberg ähnliche Erfahrungen zu machen sind, hat der württ. Innenminister Dr. Schmid die preussische Anordnung auf die württembergischen Gemeinden und Gemeindeverbände übernommen und ihre strenge Einhaltung allen Beteiligten zur Pflicht gemacht.

Kreisleitertagung im Zeichen der Arbeitsbeschaffung

Stuttgart, 26. März. Um den württembergischen Kreisleitern die Richtlinien zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung bekanntzugeben, und sie im einzelnen über bereits getroffene und weiterhin zu treffende Maßnahmen zu unterrichten, hatte, wie der „NS-Kurier“ berichtet, Gauleiter Reichsstatthalter Murr die württembergischen Kreisleiter zu einer Tagung zusammenberufen, die unter der Leitung des stellv. Gauleiters Schmidt am Sonntag im Landtagsgebäude stattfand. Als erster Redner berichtete Präsident Bauder vom Technischen Landesamt über die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen des letzten Jahres, den gegenwärtigen Stand der Arbeiten und ihre Finanzierung. Anschließend sprach Oberbürgermeister Dr. Stöcklin über die Maßnahmen zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung, wobei er sich besonders für die Auflockerung der Großstadt einsetzte. Der stellv. Gauleiter Schmidt behandelte in einbringlicher Weise die Aufgabenstellung, welche die Partei im Bereich der Arbeitsbeschaffung einzunehmen habe, wobei er u. a. zum Ausdruck brachte, daß die Partei nach dem Willen des Führers sich jeden Eingriffs in die Wirtschaft enthalten und auch auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung unter Ausschaltung aller persönlichen Rücksichtnahmen und Wünsche vorgehen werde. Die Partei habe darüber zu wachen, daß die Arbeitsbeschaffung 1934, die eine andere Arbeitsmarktplanung habe als das Jahr 1933, ohne Verfallung durchgeführt werde. Propagandaleiter Mauer sprach über die

